ETATREDE 2027

GEMEINSAM
VERANTWORTUNG
ÜBERNEHMEN.

GEMEINSAM
ZUKUNFT GESTALTEN.



Oberbürgermeister Christian Specht

STADTMANNHEIM²

Inhalt

1. Gemeinsam Verantwortung übernehmen 2
2. Was wir bereits gemeinsam geleistet haben 4
3. Unsere größte Herausforderung: Die Infrastruktur zukunftsfähig aufstellen 6
4. Ein Pakt für den Wirtschaftsstandort Mannheim 8
5. Digitalisierung für bessere Leistungen und mehr Bürgernähe 9
6. Wohnen: Bezahlbaren Wohnraum sichern und attraktiven Neubau ermöglichen 11
7. Von der frühen Förderung bis zur Fachkräftesicherung 12
   - Kita-Ausbau 12
   - Ganztagsgrundschulen 13
   - Berufliche Schulen 14
   - SprachFit 14
   - Kultur bildet Zukunft 15
8. Investitionen in Plätze, Verkehrswege und den ÖPNV 16
   - T4/T5 / Swanseaplatz 16
   - Radweg Renzstraße 17
   - Knotenpunkt Friedrich-Ebert-Straße / Lange Rötterstraße / Bibienastraße 17
   - Spinelli-Süd 18
   - ÖPNV 18
9. Resiliente Infrastruktur 19
   - Stromnetzausbau 19
   - Fernwärmeausbau 20
   - Abwasserinfrastruktur 21
   - Hitzeakutfonds 21
   - Klimaresilienter Goetheplatz 22
   - Smart City 22
10. Stadtteile stärken 24
   - Freibad Sandhofen und Fähre Emma 24
   - Seckenheim 25
   - Waldhof-West 25
   - Wallstadt 26
   - Rheinau-Mitte 26
11. Gemeinsam Zukunft gestalten 27

1. Gemeinsam Verantwortung übernehmen

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates,
sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin,
sehr geehrte Herren Bürgermeister,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,
sehr geehrte Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter,
liebe Bürgerinnen und Bürger Mannheims,

einen Haushalt aufzustellen bedeutet, Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung heißt dabei, die Realität anzuerkennen und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Die finanzielle Situation unserer Stadt ist ernst. Wir stehen vor einer strukturellen Schieflage, wie sie viele Kommunen in Deutschland derzeit erleben. Steigende Ausgaben in den Bereichen Soziales, Jugend, Betreuung und Personal treffen auf eine deutlich schwächere Ertragsentwicklung. Gleichzeitig müssen wir enorme Investitionen in unsere Infrastruktur, unsere Schulen, unsere Stadtteile und die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts finanzieren.

Obwohl wir bereits nachhaltige Konsolidierungsmaßnahmen im Umfang von 62 Millionen Euro pro Jahr beschlossen haben, weist der Haushalt 2027 vor Einbeziehung der jetzt vorliegenden zusätzlichen Maßnahmen noch ein Defizit von rund 35,7 Millionen Euro aus. Ohne weitere Gegenmaßnahmen würde sich diese Finanzierungslücke bis 2030 auf über 115 Mio. Euro jährlich erhöhen. Bereits im Nachtragshaushalt 2026 mussten wir ein negatives ordentliches Ergebnis von rund 75 Mio. Euro sowie einen Zahlungsmittelfehlbetrag von rund 33 Mio. Euro ausweisen.

Hinzu kommen die Anforderungen der Rechtsaufsicht. Das Regierungspräsidium erwartet, dass Mannheim perspektivisch wieder in der Lage ist, seinen Schuldendienst aus eigener Kraft zu erwirtschaften. Nur ein dauerhaft tragfähiger Haushalt schafft die Voraussetzung dafür, dass notwendige Investitionskredite überhaupt genehmigungsfähig werden.

Hinter den Zahlen dieses Haushalts steht deshalb auch mehr als eine finanzielle Entscheidung. Ohne Haushaltsgenehmigung wäre Mannheim gesetzlich zur vorläufigen Haushaltsführung gezwungen. In dieser Situation dürften grundsätzlich nur solche Aufwendungen und Auszahlungen geleistet werden, zu denen die Stadt rechtlich verpflichtet ist oder die für die Fortführung ihrer Aufgaben unaufschiebbar sind. Neue Vorhaben dürften nicht begonnen werden und Zuschüsse würden unter erheblichem Vorbehalt stehen. Davon wären zahlreiche Vereine, soziale Einrichtungen, Kulturinstitutionen

und weitere Partner betroffen, die einen unverzichtbaren Beitrag zum Leben in unserer Stadt leisten. Nur eine Zustimmung zu diesem Haushalt schafft deshalb die Voraussetzung dafür, dass unsere Partner die notwendige Planungssicherheit erhalten und ihre wichtige Arbeit für die Menschen in Mannheim verlässlich fortführen können.
Um einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen, müssen wir den Ergebnishaushalt 2027 um mindestens 38 Mio. Euro verbessern, damit auch noch Investitionen möglich sind. Das nun in der Begleitvorlage vorgelegte Maßnahmenpaket erbringt weitere Verbesserungen von 40,15 Mio. Euro im Jahr 2027 sowie jeweils mehr als 50 Mio. Euro in den Folgejahren.
Die Konsolidierung bleibt dabei nicht abstrakt. Sie betrifft zahlreiche Bereiche, die uns inhaltlich wichtig sind. Zuschüsse werden reduziert, freiwillige Leistungen stehen auf dem Prüfstand und auch Angebote wie das Sozialticket oder das Frauennachttaxi müssen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung neu bewertet werden. Gerade deshalb fallen uns diese Entscheidungen nicht leicht.
Die Konsolidierung unseres Haushalts war dabei nie ein Projekt der Verwaltung allein. Von Beginn an haben wir den Gemeinderat eng in diesen Prozess eingebunden. In Klausuren, Haushaltsberatungen, im Unterausschuss Haushalt und in zahlreichen Gesprächen wurden die finanzielle Ausgangslage, die bestehenden Risiken und die möglichen Handlungsoptionen gemeinsam diskutiert. Fraktionen konnten dabei eigene Vorschläge einbringen und die Konsolidierungsmaßnahmen mitentwickeln. Dieser Haushalt ist deshalb das Ergebnis eines transparenten und intensiven Beratungsprozesses, in dem unterschiedliche Sichtweisen, Prioritäten und Lösungsansätze sorgfältig abgewogen wurden.
Trotz aller Einsparungen und Strukturreformen verbleibt eine erhebliche Finanzierungslücke.
Zum ersten Mal seit 15 Jahren schlagen wir daher eine Anpassung des Gewerbesteuerhebesatzes vor. Das macht deutlich: Diese Entscheidung steht nicht für einen Kurs immer höherer Unternehmensbelastungen, sondern für die Bewältigung einer außergewöhnlichen Herausforderung unserer Stadt.
Die Anpassung der Gewerbesteuer ist nicht der erste Schritt unserer Konsolidierung. Sie ist der letzte. Erst nachdem wir seit Herbst 2023 Investitionen zurückgestellt, Strukturen verändert, Einsparungen umgesetzt und sämtliche vertretbaren Alternativen geprüft haben, schlagen wir diesen Weg vor. Uns ist sehr bewusst, dass wir der Wirtschaft damit einen erheblichen Beitrag abverlangen. Aber wir tun dies nicht, um

Haushaltslöcher zu stopfen, sondern um Zukunft zu gestalten. Stattdessen verwenden wir diesen Beitrag genau dort, wo er den Wirtschaftsstandort stärkt: für eine leistungsfähige Infrastruktur, für Mobilität, für Bildung, für eine sichere Energieversorgung und für die Zukunftsfähigkeit Mannheims insgesamt.
In den letzten drei Jahren ist es uns zudem gelungen, eine der größten Belastungen für den Haushalt in eine der größten Wachstumschancen unserer Stadt zu transformieren. Statt weitere jährlich zweistellige Millionenbeiträge für das Klinikum aufzuwenden, ist es mit dem Land Baden-Württemberg gelungen, den Klinikverbund Heidelberg-Mannheim zu schaffen, der schon heute neue Wertschöpfung und hochqualifizierte Arbeitsplätze in Mannheim schafft.
Gleichzeitig bleibt die Stadt Mannheim auch künftig in erheblichem Umfang finanziell gefordert. Nach bereits geleisteten Beiträgen von rund 50 Millionen Euro sind in den Jahren 2027 bis 2031 weitere Zahlungen von insgesamt rund 154 Millionen Euro vorgesehen. Diese Verpflichtungen binden finanzielle Spielräume, die wir angesichts der außerordentlichen Infrastruktur- und Zukunftsaufgaben unserer Stadt dringend benötigen.
Durch die aktuelle Möglichkeit, den Klinikneubau räumlich neu zu verorten, werden die Zahlungen der Stadt Mannheim für den Neubau nicht sofort gebraucht. Deshalb haben wir gegenüber dem Land die Auffassung vertreten, dass die erfolgreiche Neuaufstellung des Klinikverbunds Anlass sein sollte, auch die verbleibenden finanziellen Verpflichtungen der Stadt noch einmal gemeinsam zu bewerten.
Die Anpassung der Gewerbesteuer soll zudem kein Dauerzustand sein. Sie ist vielmehr eine Antwort auf eine finanzielle Extremlage, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten nicht zu bewältigen hatten. Deshalb verbinden wir die Anpassung der Gewerbesteuer mit der klaren Absicht, ihre derzeitige Notwendigkeit nach fünf Jahren zu überprüfen. Unser Ziel bleibt, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Mannheim zu stärken und zusätzliche Belastungen für unsere Unternehmen nur so lange aufrechtzuerhalten, wie sie zur Sicherung der Handlungsfähigkeit unserer Stadt unbedingt notwendig sind.

2. Was wir bereits gemeinsam geleistet haben

Bereits mit meinem Amtsantritt im Herbst 2023 habe ich die noch beeinflussbaren investiven Vorhaben der Stadt einer grundsätzlichen Überprüfung unterzogen. Angesichts der absehbaren finanziellen Herausforderungen war klar, dass wir nicht einfach

an allen bestehenden Planungen festhalten konnten. Deshalb habe ich frühzeitig die Entscheidung getroffen, Projekte zu stoppen, zu verkleinern oder neu auszurichten, wo dies zur Sicherung der finanziellen Stabilität und Investitionsfähigkeit unserer Stadt erforderlich war.

Dazu gehörten der Ausstieg aus dem Neubau der Zentralen Stadtbibliothek mit einem Volumen von rund 103 Mio. Euro, der Verzicht auf den Umzug städtischer Einrichtungen in die U-Halle mit rund 25 Mio. Euro, der Verzicht auf das Zentrallager des Nationaltheaters mit rund 39 Mio. Euro, die Reduzierung der Multihallensanierung um rund 18 Mio. Euro, die Neuplanung des Innovationszentrums Green Tech mit rund 6 Mio. Euro sowie die Überprüfung der Sanierung des Stadthauses N1 mit einem Volumen von rund 60 Mio. Euro.

Insgesamt wurden auf diese Weise seit 2023 Projekte mit einem Volumen von rund 250 Mio. Euro gestoppt, reduziert oder neu ausgerichtet. Diese Entscheidungen waren nicht immer einfach. Aber sie zeigen: Die Konsolidierung des Mannheimer Haushalts beginnt nicht erst mit dem vorliegenden Etat. Wir haben bereits zu Beginn meiner Amtszeit dort gehandelt, wo wir die Entwicklung noch beeinflussen konnten.

Die Konsolidierung unseres Haushalts beschränkt sich dabei längst nicht mehr auf einzelne Einsparbeschlüsse. Seit dem Jahr 2025 haben Verwaltung und Gemeinderat stattdessen ein Konsolidierungspaket, den Mannheimer Zukunftshaushalt, mit einem Gesamtvolumen von rund 250 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Dabei wurden nicht nur Ausgaben reduziert, sondern auch Strukturen, Prozesse und Steuerungsinstrumente grundlegend modernisiert. Gemeinsam mit dem Gemeinderat haben wir Investitionen priorisiert, Aufgaben kritisch hinterfragt und neue Wege für eine effizientere Verwaltung entwickelt. So reduzieren wir durch neue Arbeitsplatzkonzepte und die Bündelung von Verwaltungsstandorten dauerhaft unseren Flächenbedarf und senken laufende Kosten. Mit einem neuen stadtweiten Bauinvestitionscontrolling schaffen wir mehr Kostensicherheit und eine wirksamere Steuerung großer Bauprojekte.

Durch Aufgabenkritik, kompetenzorientiertes Personalmanagement, einen grundsätzlichen externen Ausschreibungsstopp sowie die gezielte Nutzung natürlicher Fluktuation wird unser Personalaufwand dauerhaft reduziert. Wir verlangen dabei viel von uns selbst. Bereits heute haben wir den Abbau von rund 320 Stellen auf den Weg gebracht. Weitere rund 60 Stellen werden in den kommenden Jahren in Verwaltung und Eigenbetrieben abgebaut.

Uns ist dabei bewusst, dass diese Veränderungen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viel abverlangen. Umso größer ist mein Dank für deren Bereitschaft, diesen Veränderungsprozess engagiert mitzutragen. Mein ausdrücklicher Dank gilt dabei auch den Personalräten und dem Gesamtpersonalrat, die diesen Weg konstruktiv begleitet und gemeinsam mit uns Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt übernommen haben.

Die Konsolidierung des Haushalts ist jedoch keine Leistung der Verwaltung allein. Sie ist das Ergebnis einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat. In zahlreichen Klausuren, Workshops und Beratungen haben wir gemeinsam um Lösungen und Alternativen gerungen. Das war nicht immer einfach und oftmals mit erheblichem zusätzlichem Aufwand verbunden. Umso mehr danke ich den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten für die Bereitschaft, den Blick nicht auf das politisch Bequeme, sondern auf das für unsere Stadt Notwendige zu richten.

3. Unsere größte Herausforderung: Die Infrastruktur zukunftsfähig aufstellen

Wer über die Zukunft Mannheims spricht, muss auch über die Grundlage sprechen, auf der diese Zukunft aufbaut: unsere Infrastruktur. Genau hier liegt eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre. Über Jahrzehnte entstandene Investitionsbedarfe treffen auf eine angespannte finanzielle Lage und Aufgaben von einer Dimension, die wir niemals aus eigener Kraft bewältigen können. Keine Generation der letzten Jahrzehnte stand vor vergleichbaren Infrastrukturinvestitionen.

Besonders deutlich wird dies bei den Rheinquerungen zwischen Mannheim und Ludwigshafen. Sie verbinden nicht nur zwei Städte. Sie sind zentrale Verkehrsadern für die gesamte Metropolregion Rhein-Neckar, sichern die Anbindung des zweitgrößten Binnenhafens Europas und eines der wichtigsten Eisenbahnknoten Deutschlands und werden täglich von rund 120.000 Fahrzeugen genutzt. Der Mannheimer Hafen ist dabei Heimat von knapp 500 Unternehmen und rund 20.000 Arbeitsplätzen. Da das Land Baden-Württemberg Eigentümerin des Hafens ist, profitiert es unmittelbar von der Erreichbarkeit seines Hafens und sollte deshalb ein besonderes Interesse an der schnellen Sanierung der Rheinbrücken haben.

Die aktuelle Situation zeigt hierbei die Dringlichkeit des Handlungsbedarfs. Der Kurt-Schumacher-Brückenzug ist bereits heute für den Kraftfahrzeugverkehr weitgehend

gesperrt. Gleichzeitig konzentriert sich der Verkehr auf die ebenfalls marode Konrad-Adenauer-Brücke aus dem Jahr 1959.
Die Größenordnung dieser Aufgabe ist enorm. Allein die Projektvorschau für die Rheinbrücken weist einen Finanzierungsbedarf aufseiten der Stadt Mannheim von über 350 Mio. Euro zum heutigen Zeitpunkt aus. Davon entfallen mehr als 185 Mio. Euro auf den Anteil der Stadt Mannheim am Kurt-Schumacher-Brückenzug. Hinzu kommen zahlreiche weitere sanierungsbedürftige Brückenbauwerke im Stadtgebiet.
Deshalb vertreten wir eine klare Haltung: Die Rheinquerungen sind keine rein kommunale Infrastruktur. Sie sind Infrastruktur von regionaler, nationaler und europäischer Bedeutung. Sie sichern Lieferketten, Arbeitsplätze und Produktionsstandorte von Unternehmen wie BASF, Roche, John Deere und Daimler und sind unverzichtbar für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland.
Genau deshalb werben wir mit Nachdruck für eine finanzielle Beteiligung von Bund und Land. Ich habe mich hierzu unmittelbar an den Bundesverkehrsminister sowie an die baden-württembergische Verkehrsministerin gewandt. Gleichzeitig haben die Städte Mannheim und Ludwigshafen bereits die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um die Sanierung der Rheinquerungen so schnell und effizient wie möglich voranzutreiben. Gemeinsam haben wir eine Rheinbrückengesellschaft gegründet, um Planung, Steuerung und Umsetzung der Maßnahmen städteübergreifend zu bündeln und zu beschleunigen. Wir belassen es dabei nicht bei Absichtserklärungen. Mit dem vorliegenden Haushaltsplan stellen wir die jetzt notwendigen Mittel bereit, um die Ausschreibung von Planungsleistungen ohne Zeitverlust zu ermöglichen. Damit haben wir unsere Verantwortung wahrgenommen und die organisatorischen Voraussetzungen für eine schnellstmögliche Modernisierung geschaffen. Nun braucht es eine Finanzierungsstruktur, die der tatsächlichen Bedeutung dieser Infrastruktur gerecht wird. Gemeinsam mit der Wirtschaft, insbesondere der IHK Rhein-Neckar und der Region, werben wir deshalb für eine Sonderlösung nach dem Vorbild der Hochstraße Süd in Ludwigshafen oder der Kombilösung Karlsruhe. Unser Ziel ist eine langfristige Kofinanzierung durch Bund, Länder und Kommunen, denn die Rheinquerungen sind nicht nur eine Aufgabe Mannheims und Ludwigshafens, sondern von zentraler Bedeutung für die gesamte Metropolregion Rhein-Neckar und den Wirtschaftsstandort Deutschland.
Die Herausforderungen enden jedoch nicht auf der Straße. Auch der Eisenbahnknoten Mannheim bleibt eine der größten verkehrspolitischen Aufgaben Deutschlands. In den kommenden Tagen befasst sich der Bundestag mit der Neubautrasse

Frankfurt-Mannheim. Hierbei kämpfen wir für ein Gesamtkonzept für den Knoten Mannheim. Bund und Bahn stehen hier in der Verantwortung, die notwendigen Aus- und Neubaumaßnahmen mit höherer Priorität voranzutreiben.
All dies macht deutlich: Die Zukunft unserer Stadt entscheidet sich nicht zuletzt an der Zukunftsfähigkeit unserer Infrastruktur. Deshalb ist die Genehmigung des Haushalts 2027 von zentraler Bedeutung. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass wir die erforderlichen Planungen beauftragen, Fördermittel erschließen und die dringend notwendigen Investitionen auf den Weg bringen können. Denn jedes Jahr des Zuwartens vergrößert die Herausforderung, lässt die Kosten steigen und gefährdet Arbeitsplätze.

4. Ein Pakt für den Wirtschaftsstandort Mannheim

Eine starke Wirtschaft ist die Grundlage für eine handlungsfähige Stadt. Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, investieren vor Ort und tragen mit ihren Steuern wesentlich dazu bei, dass wir als Kommune in Bildung, Infrastruktur, Sicherheit und Lebensqualität investieren können. Deshalb ist für mich klar: Wirtschaftsförderung ist keine Aufgabe am Rande, sondern eine zentrale Zukunftsaufgabe unserer Stadt.
Vor diesem Hintergrund haben wir im Herbst dieses Jahres gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Industrie, Mittelstand, Handwerk, Handel, Dienstleistungswirtschaft, Kammern und Verbänden einen Pakt für den Wirtschaftsstandort Mannheim ins Leben gerufen. Dieser Pakt steht für die gemeinsame Verantwortung von Wirtschaft, Verwaltung und Politik, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Stadt zu stärken, Investitionen zu ermöglichen und gute Rahmenbedingungen für Wachstum, Innovation und Beschäftigung zu schaffen.
Hierzu investieren wir erstens mit unserem Unternehmen MVV in eine leistungsfähige Energieinfrastruktur, um den Transformationsprozess der Unternehmen aktiv zu begleiten.
Zweitens werden wir neue hochattraktive Gewerbeflächen für Schlüsseltechnologien[1] im Stadtgebiet ausweisen. Zwei der fünf besten Flächen landesweit befinden sich in Mannheim. Zusätzlich werden wir durch ein aktives Flächen- und Leerstandsmanagement auch für Bestandunternehmen die Voraussetzungen für Wachstum und Erweiterungen schaffen.

[1] Informations-, Kommunikations- und Medientechnik, Gesundheitswirtschaft, Automobilwirtschaft, Elektrotechnik, Maschinen- und Anlagenbau, Luft- und Raumfahrt, Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, Green Tech + Netto-Null-Technologien.

Der dritte Schwerpunkt unseres Standortpakts ist der konsequente Abbau bürokratischer Hürden bei gewerblichen Investitionsvorhaben. Unternehmen erwarten zu Recht schnelle, transparente und verlässliche Verfahren. Deshalb führen wir für bedeutende gewerbliche Bauprojekte ein neues Fall-Management ein. Künftig erhalten Unternehmen feste Ansprechpartner in der Baurechtsbehörde, die Vorhaben von der ersten Idee bis zur Genehmigung begleiten. Bereits im Vorfeld einer Antragstellung werden die relevanten Fachstellen eingebunden, Abstimmungsprozesse gebündelt und mögliche Hindernisse frühzeitig erkannt.
Viertens werden wir eine Kita-Platz-Garantie für Beschäftigte schrittweise einführen. Verlässliche Kinderbetreuung erleichtert die Rückkehr in den Beruf, stärkt die Fachkräfteverfügbarkeit und erhöht die Attraktivität des Standorts Mannheim für Unternehmen und Familien gleichermaßen.
Fünftens verbessern wir die Baustellenkoordination. Eine frühere Kommunikation, ein digitales Baustellenmanagement und regelmäßige Abstimmungen mit der Wirtschaft sollen Beeinträchtigungen reduzieren und die Planbarkeit für Unternehmen erhöhen.
Diese Maßnahmen stehen stellvertretend für einen neuen Anspruch: Die Stadtverwaltung mit allen Dezernenten an der Spitze steht für eine Kultur des Ermöglichens. Wir verbessern die Rahmenbedingungen für Investitionen, Beschäftigung und Innovation und stärken damit die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts. Denn nur eine wirtschaftlich starke Stadt wird auch künftig die finanziellen Spielräume haben, um in Bildung, Infrastruktur, Klimaschutz und sozialen Zusammenhalt zu investieren.

5. Digitalisierung für bessere Leistungen und mehr Bürgernähe

Gerade in Zeiten knapper werdender finanzieller und personeller Ressourcen müssen wir die Chancen der Digitalisierung konsequent nutzen. Dabei verstehen wir Digitalisierung nicht als Selbstzweck und nicht als reines IT-Projekt. Sie ist ein Modernisierungsprogramm für die gesamte Verwaltung mit einem klaren Ziel: Wir wollen unsere internen Abläufe und Arbeitsweisen effizienter gestalten, unsere Beschäftigten bestmöglich unterstützen und dadurch die Grundlage für bessere Leistungen und Services für Bürgerinnen und Bürger schaffen. So verbinden wir eine leistungsfähige Verwaltung mit einer konsequenten Bürgerorientierung und einem verantwortungsvollen Einsatz öffentlicher Mittel.
Mit der neuen Mannheimer Digitalisierungsstrategie 2027+ schaffen wir dafür einen klaren Rahmen. Unser Grundsatz lautet: Prozesse müssen zuerst vereinfacht,

standardisiert und verbessert werden, bevor sie digital unterstützt werden. Unser Anspruch ist es, Digitalisierung und die Weiterentwicklung unserer Verwaltungsabläufe gemeinsam voranzubringen. Wir nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung, um Abläufe zu vereinfachen, zu beschleunigen und effizienter zu gestalten. Wo es sinnvoll und notwendig ist, passen wir bestehende Prozesse an und entwickeln sie weiter. Dabei geht es nicht darum, bestehende Bürokratie lediglich digital abzubilden. Vielmehr wollen wir moderne, medienbruchfreie und nutzerorientierte Verwaltungsabläufe schaffen, die schneller, transparenter und verlässlicher funktionieren. Wir verstehen Digitalisierung dabei als Chance, Veränderungen aktiv anzustoßen und Verbesserungen zeitnah umzusetzen.

Davon profitieren auch und insbesondere die Bürgerinnen und Bürger. Diese erwarten zurecht Dienstleistungen, die unkompliziert, verständlich und möglichst digital erreichbar sind. Deshalb verfolgen wir konsequent den Ansatz „Digital First“. Digitale Angebote sollen künftig der Regelfall sein, gleichzeitig bleiben persönliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner dort erhalten, wo sie weiterhin benötigt werden. Unser Ziel ist eine Verwaltung, die einfacher erreichbar ist, schneller Auskünfte erteilt und Anliegen effizient bearbeitet. Indem wir unsere internen Abläufe verbessern und digitale Möglichkeiten konsequent nutzen, schaffen wir die Voraussetzungen für einen besseren Bürgerservice. Damit stärken wir die Bürgerorientierung und erhöhen die Qualität unserer kommunalen Leistungen.

Gleichzeitig unterstützen wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei ihrer täglichen Arbeit. Moderne Kollaborationsplattformen, ein stadtweites Dokumentenmanagementsystem, standardisierte Anwendungen sowie die gezielte Nutzung von Automatisierungs- und Digitalisierungslösungen schaffen Freiräume für die Aufgaben, bei denen Fachwissen, Erfahrung und persönliche Beratung gefragt sind. Digitalisierung ersetzt dabei nicht die Beschäftigten. Sie entlastet sie von Routinetätigkeiten und schafft die Voraussetzungen für eine moderne und attraktive Verwaltung als Arbeitgeberin.

Um die Digitalisierung künftig noch besser zu steuern, führen wir eine zentrale Priorisierung von Digitalisierungsvorhaben und ein Digitalisierungsboard ein. Die Digitalisierungsbedarfe aus den verschiedenen Bereichen der Verwaltung werden zentral erfasst, strukturiert und priorisiert. Das Digitalisierungsboard entscheidet über die Finanzierung der priorisierten Vorhaben und schafft damit die Grundlage für eine verbindliche Bearbeitungsreihenfolge. So stellen wir sicher, dass die vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen gezielt eingesetzt werden und die Vorhaben mit dem

größten Mehrwert zuerst umgesetzt werden. Digitalisierung wird damit nicht dem Zufall überlassen, sondern systematisch, strategisch und mit Blick auf den größtmöglichen Nutzen für Bürgerschaft und Beschäftigte umgesetzt.

6. Wohnen:
Bezahlbaren Wohnraum sichern und attraktiven Neubau ermöglichen

Bezahlbarer Wohnraum gehört zu den zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Gerade in einer wachsenden Stadt wie Mannheim ist es unsere Verantwortung, ausreichend Wohnraum zu schaffen, bestehende Wohnungen zu modernisieren und die Mieten für breite Bevölkerungsschichten bezahlbar zu halten.

Die GBG erfüllt diese Aufgabe mit großem Erfolg. Mit einem Bestand von inzwischen über 20.000 Wohnungen ist sie ein wesentlicher Stabilisator des Mannheimer Wohnungsmarktes. Die durchschnittliche Miete liegt mit 7,86 Euro je Quadratmeter weiterhin deutlich unter dem Mannheimer Mietspiegel von 9,75 Euro je Quadratmeter. Mehr als 95 Prozent aller Wohnungen liegen unterhalb des durchschnittlichen Mietspiegelwertes. Damit sorgt die GBG für bezahlbaren Wohnraum und soziale Stabilität in unserer Stadt.

Gleichzeitig investieren wir konsequent in die Qualität unseres Wohnungsbestandes. Für die Instandhaltung, Modernisierung und energetische Sanierung werden in den kommenden Jahren mehr als 60 Mio. Euro pro Jahr aufgewendet. Damit sichern wir den Werterhalt unserer Wohnungen, senken den Energieverbrauch und schaffen moderne Wohnangebote zu bezahlbaren Mieten.

Auch der Wohnungsneubau bleibt ein klarer Schwerpunkt. Die Investitionen werden sich in den kommenden Jahren auf 30 bis 45 Mio. Euro jährlich belaufen. Neue Wohnangebote entstehen unter anderem auf der Schönau und auf Spinelli. Unser Ziel ist es, für Familien, junge Menschen, Seniorinnen und Senioren sowie Haushalte mit geringerem Einkommen ausreichend Wohnraum in allen Teilen der Stadt bereitzustellen.

Besondere Bedeutung kommt dabei weiterhin der Entwicklung unserer Konversionsflächen zu. Die MWSP hat mit FRANKLIN, SPINELLI und TURLEY eine Erfolgsgeschichte geschrieben, die weit über Mannheim hinaus Beachtung findet. Heute leben dort bereits fast 11.000 Menschen, allein auf FRANKLIN rund 8.000. In den kommenden Jahren können auf diesen Flächen noch rund 2.500 weitere Wohnungen entstehen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Entlastung des Wohnungsmarktes und zum weiteren Wachstum unserer Stadt.

Ein Schlüsselprojekt der kommenden Jahre ist die Entwicklung der Otto-Bauder-Anlage in Seckenheim. Auf dem rund 5,9 Hektar großen Areal entsteht ein neues Wohnquartier mit bis zu 280 Wohnungen. Geplant sind Mehrfamilien-, Reihen- und Doppelhäuser für unterschiedliche Lebensphasen und Wohnbedürfnisse. Damit schaffen wir dringend benötigten Wohnraum, ohne neue Freiflächen in Anspruch zu nehmen.
2026 wurde mit der Billigung des Bebauungsplanentwurfs ein wichtiger Meilenstein erreicht. Nun schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass die Umsetzung ab 2027 zügig erfolgen kann. Die Entwicklung erfolgt durch MWSP und GBG und steht beispielhaft für unseren Anspruch, Wohnen, Klimaschutz, Freiraumqualität und nachhaltige Mobilität zusammenzudenken. Neue Grünflächen, ein zentraler Quartiersplatz, attraktive Fuß- und Radwege sowie moderne Mobilitätsangebote werden für eine hohe Lebensqualität sorgen.
Die Otto-Bauder-Anlage ist damit weit mehr als ein Wohnungsbauprojekt. Sie steht für eine nachhaltige und verantwortungsvolle Stadtentwicklung, die bezahlbaren Wohnraum schafft, soziale Durchmischung ermöglicht und gleichzeitig die Lebensqualität in unseren Stadtteilen stärkt.

7. Von der frühen Förderung bis zur Fachkräftesicherung

Kita-Ausbau

Auch wenn die Geburtenzahlen zuletzt zurückgegangen sind, bleibt der bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuung eine zentrale Aufgabe für uns. Unser Ziel ist es, den Rechtsanspruch auf Betreuung zu erfüllen und gleichzeitig eine hohe Qualität in unseren Einrichtungen zu gewährleisten. Deshalb entwickeln wir die Betreuungslandschaft kontinuierlich weiter und passen sie an die aktuellen demografischen Entwicklungen an.
Damit verbunden sind erhebliche finanzielle Anstrengungen. Neben Investitionen in neue Betreuungsplätze müssen auch die Mittel für den laufenden Betrieb sowie für zusätzliches pädagogisches Personal bereitgestellt werden. Diese Ausgaben sind eine Investition in die Zukunft unserer Kinder und Familien.
Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Einführung einer zentralen Platzvergabe ab dem Kita-Jahr 2027/28. Künftig werden Betreuungsplätze bei einem Großteil der Träger nach einheitlichen Kriterien vergeben. Eine neue digitale Plattform schafft dabei mehr Transparenz, vereinfacht die Anmeldung und ermöglicht eine schnellere Vergabe der Plätze.

Davon profitieren insbesondere die Familien. Sie erhalten mehr Planungssicherheit, einen besseren Überblick über die verfügbaren Angebote und schneller Klarheit über die Betreuung ihrer Kinder. Gleichzeitig verbessert die zentrale Steuerung die Auslastung der Einrichtungen und ermöglicht eine noch bedarfsgerechtere Weiterentwicklung der Mannheimer Betreuungslandschaft.

Ganztagsgrundschulen

Der Ausbau der Ganztagsgrundschulen gehört zu den größten bildungspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre. Mit dem bundesweiten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung steigt der Handlungsdruck erheblich. Gleichzeitig bietet der Ganztag die Chance, Bildungserfolg und gesellschaftliche Teilhabe stärker von der sozialen Herkunft zu entkoppeln und Familien verlässliche Unterstützung im Alltag und im Berufsleben zu bieten.

Mannheim treibt diesen Ausbau deshalb konsequent voran. Mit der Waldhofgrundschule hat zum Schuljahr 2026/27 bereits die 14. von 34 Grundschulen den Ganztagsbetrieb aufgenommen. Die hierfür erforderlichen Baumaßnahmen mit einem Volumen von rund 2 Mio. Euro werden voraussichtlich Anfang 2027 abgeschlossen. Ein weiteres Schlüsselprojekt ist die neue Humboldt-Grundschule in der Neckarstadt-West. Mit einer Investition von rund 55 Mio. Euro entstehen die Voraussetzungen für einen vierzügigen Ganztagsbetrieb ab dem Schuljahr 2028/29.

Auch an weiteren Standorten schaffen wir die notwendigen räumlichen Voraussetzungen für den Ganztag. So werden die Neckarschule sowie perspektivisch die Schönauschule, die Erich-Kästner-Grundschule, die Käthe-Kollwitz-Schule, die Käfertalschule und die Rheinauschule schrittweise weiterentwickelt. Darüber hinaus stehen die Mensa-Erweiterung an der Gerhart-Hauptmann-Schule mit einem Volumen von 6,5 Mio. Euro sowie die Erweiterung der Franklinschule mit 3,5 Mio. Euro kurz vor dem Abschluss. Die Generalsanierung der Pestalozzischule mit einem Gesamtvolumen von rund 52 Mio. Euro läuft bereits.

Unterstützt wird dieser Kraftakt durch das Startchancen-Programm von Bund und Land. Bis 2035 stehen hierfür bis zu 76,6 Mio. Euro zur Verfügung, davon rund 23 Mio. Euro als kommunaler Eigenanteil. Zusätzlich fördern Bund und Land das laufende Ganztagsausbauprogramm mit 38,9 Mio. Euro. Allein für das kommende Haushaltsjahr sind rund 24 Mio. Euro für den Ganztagsschulausbau vorgesehen.

Diese Investitionen schaffen moderne Lernorte, verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eröffnen Kindern bessere Bildungs- und Entwicklungschancen.

Damit investieren wir nicht nur in Gebäude, sondern in die Zukunft der nächsten Generation und die Zukunft unserer Stadt.

Berufliche Schulen

Die Sicherung von Fachkräften ist eine der entscheidenden Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Mannheim. Unsere beruflichen Schulen leisten hierzu einen unverzichtbaren Beitrag. Sie qualifizieren junge Menschen für das Berufsleben, eröffnen Bildungsaufstiege bis zum Abitur und unterstützen Unternehmen bei der Ausbildung der Fachkräfte, die sie dringend benötigen.

Die Bedeutung dieser Schulen reicht weit über Mannheim hinaus. Rund 10.600 Schülerinnen und Schüler besuchen die gewerblichen, kaufmännischen und hauswirtschaftlichen Berufsschulen unserer Stadt. Etwa die Hälfte von ihnen kommt aus dem Umland. Damit ist Mannheim das führende Zentrum der beruflichen Bildung in der Region und ein wichtiger Anker für die wirtschaftliche Entwicklung.

Um diesen Auftrag auch künftig erfüllen zu können, benötigen die Schulen moderne und sichere Lernbedingungen. Während an der Heinrich-Lanz-Schule und der Justus-von-Liebig-Schule bereits umfangreiche Maßnahmen umgesetzt wurden, besteht bei der Carl-Benz-Schule und der Werner-von-Siemens-Schule erheblicher Handlungsbedarf. Die Gebäude weisen insbesondere beim Brandschutz, bei der technischen Infrastruktur und in der Bausubstanz deutliche Defizite auf.

Deshalb handeln wir jetzt. Für notwendige Sicherungs- und Erhaltungsmaßnahmen haben wir in den Jahren 2026 bis 2028 insgesamt 5,8 Mio. Euro bereitgestellt. Damit gewährleisten wir den sicheren Schulbetrieb und schaffen verlässliche Rahmenbedingungen für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte.

Gleichzeitig stellen wir die Weichen für die Zukunft. Im kommenden Haushalt sind weitere 4,0 Mio. Euro für Planungsleistungen vorgesehen. Dabei prüfen wir unterschiedliche Lösungswege, um die beruflichen Schulen langfristig zukunftsfähig aufzustellen. In Betracht kommen eine umfassende Sanierung am bisherigen Standort, eine Verlagerung in geeignete Bestandsgebäude oder ein Ersatzneubau. Unser Ziel ist dabei klar: Wir wollen moderne Lernorte schaffen, die den Anforderungen einer sich wandelnden Arbeitswelt gerecht werden.

SprachFit

Bildung beginnt lange vor dem ersten Schultag. Gute Sprachkenntnisse sind der Schlüssel für einen erfolgreichen Bildungsweg, gesellschaftliche Teilhabe und spätere

berufliche Chancen. Gerade deshalb gehört die Sprachförderung zu den wichtigsten bildungspolitischen Aufgaben unserer Stadt.
Die Herausforderung ist groß: Bereits heute wird bei mehr als der Hälfte der untersuchten Kinder ein zusätzlicher Sprachförderbedarf festgestellt. Umso wichtiger ist es, frühzeitig zu handeln und Kinder dort zu unterstützen, wo die Grundlagen für den späteren Bildungserfolg gelegt werden.
Mannheim setzt das Landesprogramm SprachFit deshalb konsequent um. Nach dem erfolgreichen Start mit knapp 200 Kindern in 18 Fördergruppen wurden für das Schuljahr 2026/27 bereits 70 Gruppen eingerichtet, darunter auch spezielle Angebote für Kinder, die keine Kindertageseinrichtung besuchen. Unser Ziel ist es, die Sprachförderung bedarfsgerecht weiter auszubauen und möglichst vielen Kindern bereits vor der Einschulung zusätzliche Unterstützung zu ermöglichen.
Ergänzend stärken wir die alltagsintegrierte Sprachbildung in unseren Kinderhäusern. Für 27 städtische Einrichtungen wurden zusätzliche Sprachfachkräfte bewilligt. Das Land Baden-Württemberg übernimmt 70 Prozent der Finanzierung. Trotz der angespannten Haushaltslage trägt die Stadt den verbleibenden Eigenanteil bewusst selbst. Diese Investition hilft dabei, Sprachförderung dauerhaft in den pädagogischen Alltag zu verankern und die Bildungsqualität in den Einrichtungen weiter zu verbessern.
Auch in den Grundschulen wird die Förderung ausgebaut. Die neuen Juniorklassen unterstützen Kinder mit zusätzlichem Förderbedarf gezielt beim Übergang in die Schule. Perspektivisch sollen hierfür bis zu 31 Juniorklassen an 25 Standorten im Stadtgebiet zur Verfügung stehen. Ergänzt wird dies durch zusätzliche Sprachförderstunden in den Klassen 1 und 2.
Mit diesen Maßnahmen investieren wir gezielt in bessere Bildungschancen von Anfang an. Denn Sprachkompetenz ist nicht nur Voraussetzung für schulischen Erfolg, sondern stärkt auch den Wirtschaftsstandort durch gut ausgebildete Fachkräfte.

Kultur bildet Zukunft

Kultur ist für uns mehr als die Förderung von Einrichtungen und Veranstaltungen. Kultur schafft Räume, in denen junge Menschen neugierig werden, Verantwortung übernehmen und lernen, ihre eigenen Ideen einzubringen. Ob bei den interaktiven Bildungsangeboten der Reiss-Engelhorn-Museen, den Beteiligungsformaten des Jungen Nationaltheaters Mannheim, den Vermittlungsangeboten der Kunsthalle Mannheim oder den Filmprojekten von Girls Go Movie: In unserer Stadt erleben Kinder und Jugendliche, dass ihre Perspektiven zählen und dass sie selbst gestalten können. Genau

darin liegt der besondere Wert kultureller Bildung. Sie stärkt Kreativität, Selbstvertrauen und gesellschaftliche Teilhabe und leistet damit einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft.
Ein herausragendes Beispiel für die Verbindung von Bildung, Wissenschaft, Kultur und gesellschaftlichem Zusammenhalt ist das Forum Deutsche Sprache, das derzeit in der Neckarstadt entsteht. Möglich wird dieses im deutschsprachigen Raum einzigartige Projekt vor allem durch das außergewöhnliche Engagement der Klaus Tschira Stiftung, die die Realisierung mit erheblichem finanziellem Einsatz ermöglicht. Mannheim spielt damit in einer Liga mit der Cité internationale de la langue française in Frankreich und dem Planet Word in den USA und reiht sich in den exklusiven Kreis internationaler Orte ein, die sich der Sprache als Kulturgut und gesellschaftlicher Kraft widmen. Das Forum Deutsche Sprache zeigt damit beispielhaft, was möglich wird, wenn privates Engagement, wissenschaftliche Exzellenz und kommunale Unterstützung erfolgreich zusammenwirken.

8. Investitionen in Plätze, Verkehrswege und den ÖPNV

T4/T5 / Swanseaplatz

Mit der Entwicklung des Quartiers T4/T5 investieren wir trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen gezielt in die Aufwertung unserer Innenstadt und die Lebensqualität der Menschen vor Ort. Das Projekt verbindet moderne Infrastruktur, Klimaanpassung und attraktive öffentliche Räume zu einem nachhaltigen Mehrwert für Bewohnerinnen und Bewohner, Besucherinnen und Besucher sowie den Einzelhandel.
Herzstück ist der im Juni 2026 fertiggestellte Quartiersplatz in T4/T5. Auf rund 2.500 Quadratmetern ist ein neuer Aufenthalts- und Begegnungsraum entstanden. Die Entsiegelung von rund 800 Quadratmetern Fläche sowie neue Grünflächen verbessern das Mikroklima, reduzieren die sommerliche Hitzebelastung und stärken die Klimaanpassung in der Innenstadt. Sitzgelegenheiten, ein Trinkwasserbrunnen und die offene Gestaltung erhöhen zugleich Aufenthaltsqualität und Sicherheitsgefühl. Die Investition beläuft sich auf rund 2,1 Mio. Euro.
Auch die Entsiegelung und Neugestaltung des Swanseaplatzes wird mit Investitionen von 3,7 Mio. Euro weiterverfolgt.

Radweg Renzstraße

Mit dem Ausbau des Radwegs in der Renzstraße stärken wir eine der wichtigsten Radverbindungen zwischen Innenstadt und Käfertal und schaffen bessere Bedingungen für die Menschen, die auf dieser Strecke unterwegs sind.

Der rund 380 Meter lange Abschnitt zwischen Berliner Straße und Bassermannstraße wurde innerhalb von drei Monaten grundlegend modernisiert. Der Radweg wurde auf drei Meter verbreitert und durch einen Sicherheitstrennstreifen von der Fahrbahn abgegrenzt. Gleichzeitig wurde die Barrierefreiheit entlang der Strecke verbessert. Neue Querungsmöglichkeiten sowie akustische Signalgeber an den Ampelanlagen erleichtern insbesondere mobilitätseingeschränkten Menschen das sichere Überqueren der Fahrbahn.

Für den Ausbau wurden rund 580.000 Euro investiert. Das Land Baden-Württemberg fördert die Maßnahme mit 75 Prozent der Kosten. Damit setzen Stadt und Land gemeinsam ein Zeichen für eine sichere, komfortable und zukunftsfähige Mobilität und treiben den Ausbau eines leistungsfähigen Radverkehrsnetzes in Mannheim konsequent voran.

Knotenpunkt Friedrich-Ebert-Straße / Lange Rötterstraße / Bibienastraße

Mit der Umgestaltung des Knotenpunkts Friedrich-Ebert-Straße / Lange Rötterstraße / Bibienastraße verbessern wir die Bedingungen für Fußgängerinnen und Fußgänger, Radfahrende, den ÖPNV und den motorisierten Verkehr gleichermaßen.

Der Knotenpunkt ist eine zentrale Verkehrsachse zwischen Innenstadt und Käfertal und zugleich ein wichtiger Schulweg für die Schülerinnen und Schüler des benachbarten Ludwig-Frank-Gymnasiums. Die notwendige Erneuerung der Lichtsignalanlage nutzen wir deshalb, um den gesamten Kreuzungsbereich sicherer, übersichtlicher und leistungsfähiger zu gestalten.

Für Radfahrende entstehen durch eine klarere Verkehrsführung und einen geschützten Radfahrstreifen in der Lange Rötterstraße deutlich sicherere Bedingungen. Auch für Fußgängerinnen und Fußgänger wird die Querung der Straßen einfacher und sicherer. Barrierefreie Übergänge, verbesserte Sichtbeziehungen und größere Wartebereiche kommen insbesondere mobilitätseingeschränkten Menschen sowie den vielen Schülerinnen und Schülern zugute, die den Knotenpunkt täglich nutzen.

Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich auf rund 980.000 Euro. Davon entfallen rund 550.000 Euro auf den Umbau des Knotenpunkts und rund 430.000 Euro

auf die Erneuerung der Lichtsignalanlage. Für die Maßnahme wurden Fördermittel von 90 Prozent beantragt.

Spinelli-Süd

Mit der Entwicklung von Spinelli-Süd schaffen wir die Voraussetzungen für ein wachsendes Wohnquartier, stärken nachhaltige Mobilität und sichern die Lebensqualität in Feudenheim. Im Mittelpunkt steht der Ausbau des Knotenpunkts Talstraße. Mit zusätzlichen Abbiegespuren, neuen Querungsmöglichkeiten und einer verbesserten Radverkehrsführung sorgen wir dafür, dass Verkehr auch künftig sicher und leistungsfähig abgewickelt werden kann. Davon profitieren Anwohnerinnen und Anwohner ebenso wie Fußgängerinnen und Fußgänger, Radfahrende und Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs. Gleichzeitig wird die Bushaltestelle barrierefrei ausgebaut und besser an die Stadtbahnhaltestelle Talstraße angebunden.

Durch eine konsequente Überarbeitung der Planungen konnte der finanzielle Umfang der Maßnahme deutlich reduziert und die Wirtschaftlichkeit verbessert werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 2,8 Mio. Euro. Ergänzend wurden Fördermittel für den Ausbau von Rad- und Fußverkehr sowie der Haltestelleninfrastruktur beantragt. Die Finanzierung wird über einen Zeitraum von drei Jahren gestreckt.

ÖPNV

Der öffentliche Personennahverkehr steht bundesweit unter erheblichem finanziellem Druck. Steigende Kosten, neue Finanzierungsstrukturen durch das Deutschlandticket und eine wachsende Nachfrage stellen alle Kommunen vor große Herausforderungen. Für uns ist dennoch klar: Der ÖPNV bleibt ein zentraler Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge.

Deshalb setzen wir trotz angespannter Haushaltslage auf einen klaren Kurs. Wir steigern die Effizienz unserer Verkehrsangebote und Betriebsabläufe, ohne das Angebot für die Fahrgäste zu schwächen. Unser Ziel bleibt ein verlässlicher und attraktiver Nahverkehr für die Menschen in Mannheim.

Gleichzeitig investieren wir weiter gezielt in den Ausbau der Infrastruktur. Für die Bezuschussung von ÖPNV-Projekten haben wir im Jahr 2027 rund 4,7 Mio. Euro veranschlagt. Bis 2030 sind weitere 23,6 Mio. Euro vorgesehen.

Ein zentrales Vorhaben ist die neue Stadtbahn durch das Glückstein-Quartier. Mit Investitionskosten von rund 50 Mio. Euro, von denen dank der Förderung durch Bund und Land lediglich rund 13 Mio. Euro auf die Stadt entfallen, stärken wir nicht nur die Erschließung eines wichtigen Stadtquartiers. Die neue Strecke erhöht zugleich die

Leistungsfähigkeit und Resilienz des gesamten Stadtbahnnetzes und schafft mehr Flexibilität im Störungsfall.
Ebenso halten wir am Ausbau des Bahnhofs Käfertal fest. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für die Durchbindung der Linie 16 in die Innenstadt und verbessern die Anbindung des Stadtteils Franklin. Auch der barrierefreie Ausbau der Haltestelle Duale Hochschule wird konsequent fortgeführt und erleichtert vielen Menschen den Zugang zum öffentlichen Nahverkehr.
Ergänzt wird dieses Angebot durch die Weiterentwicklung des Fahrradvermietsystems VRNrad. Es schafft eine wichtige Verbindung zwischen Fahrrad und ÖPNV und stärkt damit den klimafreundlichen Umweltverbund.
Unser Anspruch ist klar: Wir konsolidieren dort, wo es notwendig ist, und investieren dort, wo es die Zukunft unserer Stadt erfordert. So sichern wir ein leistungsfähiges, verlässliches und zukunftsfestes Mobilitätsangebot für die Bürgerinnen und Bürger Mannheims. Während wir im innerstädtischen ÖPNV seit Jahrzehnten konsequent auf Ausbau und Modernisierung setzen, leiden Stadt und Region weiter unter einem völlig unzureichenden S-Bahn-Netz, das zu den unpünktlichsten in Deutschland zählt. Während der extrem wichtige Schienenknotenausbau mangels Finanzierungsperspektive nicht vorankommt und die Deutsche Bahn auch die wichtigen Korridorsanierungen weiter aufgeschoben hat, gibt es immerhin bei den Haltepunkten auch positive Entwicklungen. Im Jahr 2027 werden die Maßnahmen zum Ausbau der östlichen Riedbahn starten, die auch den Bau des neuen Haltepunkts Neuostheim umfassen. Beim Umbau des Bahnhofs Neckarau kommt endlich das Planfeststellungsverfahren voran. Im Norden Mannheims verhandeln wir mit dem Land über einen zusätzlichen Haltepunkt im Bereich Schönau. Der Umbau des DB-Bahnhofs Seckenheim hängt hingegen weiterhin am Knotenausbau.

9. Resiliente Infrastruktur

Stromnetzausbau

Eine leistungsfähige Energieinfrastruktur ist eine zentrale Voraussetzung für die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts. Die Energiewende, die Elektrifizierung von Industrie, Mobilität und Wärmeversorgung sowie die Ansiedlung neuer Unternehmen führen zu einem deutlich steigenden Strombedarf. Deshalb investiert die MVV umfassend in den Ausbau und die Modernisierung der Stromnetze.

Im Mittelpunkt stehen die Verstärkung des Hochspannungsnetzes, neue 110-kV-Leitungen sowie zusätzliche Umspannkapazitäten. Damit schaffen wir die Voraussetzungen, um Haushalte, Gewerbe und Industrie auch künftig zuverlässig und wirtschaftlich mit Energie zu versorgen. Gleichzeitig wird die Infrastruktur ausgebaut, um Strom aus erneuerbaren Energien sicher nach Mannheim und in die Region zu transportieren.
Ein Schlüsselprojekt ist das neue Umspannwerk im Mannheimer Osten. Gemeinsam mit TransnetBW entstehen neue 380-kV- und 110-kV-Anlagen, um den zukünftigen Leistungsbedarf der Metropolregion zu decken und Wertschöpfung zu sichern. Für die neue 110-kV-Infrastruktur sind Investitionen in erheblicher Größenordnung vorgesehen.
Diese Investitionen sind weit mehr als technische Infrastrukturprojekte. Sie stärken die Versorgungssicherheit und Resilienz unserer Stadt, schaffen die Voraussetzungen für die Transformation unserer Industrie und erhöhen die Attraktivität Mannheims für bestehende Unternehmen und neue Ansiedlungen. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Sicherung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen in Mannheim und der gesamten Metropolregion Rhein-Neckar.

Fernwärmeausbau

Die Wärmewende gehört zu den größten Infrastrukturaufgaben der kommenden Jahre. Mit dem Ausbau und der Dekarbonisierung der Fernwärmeversorgung schaffen wir die Voraussetzungen für eine klimafreundliche, sichere und zukunftsfähige Wärmeversorgung in Mannheim. Dabei profitieren Bürgerinnen und Bürger, öffentliche Einrichtungen ebenso wie unsere Unternehmen.
Mannheim verfügt bereits heute über eines der größten Fernwärmenetze Deutschlands. Dieses Netz wird kontinuierlich erweitert und verdichtet, damit weitere Stadtquartiere und Gebäude angeschlossen werden können. Parallel investiert die MVV in neue Erzeugungsanlagen und moderne Technologien. Dazu gehören großtechnische Flusswärmepumpen, die Nutzung industrieller Abwärme sowie perspektivisch die Einbindung geothermischer Wärmequellen.
Im Rahmen des Mannheimer Modells wird die Wärmeerzeugung Schritt für Schritt von fossilen Energieträgern auf erneuerbare und CO_2-arme Technologien umgestellt. Mit der Inbetriebnahme der Flusswärmepumpen erfüllt die MVV die gesetzlichen Anforderungen zur Dekarbonisierung und treibt die Ablösung fossiler Wärmequellen konsequent voran. Ab dem Jahr 2030 soll die Wärmeversorgung in Mannheim vollständig auf grüne Wärme umgestellt sein.

Der Ausbau der Fernwärme ist damit weit mehr als ein Energiethema. Er ist ein zentraler Baustein für Klimaschutz, Versorgungssicherheit und die langfristige Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Abwasserinfrastruktur

Der Eigenbetrieb Stadtentwässerung Mannheim erneuert auf Grundlage einer systematischen Infrastrukturanalyse fortlaufend das Kanalnetz. Aktuell werden jährlich Instandhaltungsmaßnahmen in Höhe von rund 1,2 Mio. Euro sowie Investitionen von rund 6,5 Mio. Euro umgesetzt. Ziel ist es, die Leistungsfähigkeit des Netzes langfristig zu sichern und einen Sanierungsstau zu vermeiden. Ein relevantes Beispiel ist auch hier die Otto-Bauder-Anlage. Dort investiert der Eigenbetrieb rund 1,4 Mio. Euro in den Neubau von 400 Metern Abwasserleitungen und schafft damit die Voraussetzung für den Wohnungsbau.

Zur Sicherung des Betriebs werden zudem die technischen Anlagen der Pumpwerke modernisiert. Im Jahr 2027 werden in fünf Pumpwerken Schaltanlagen und Elektroinstallationen erneuert.

Gleichzeitig treiben wir die energetische Transformation des Klärwerks voran. Eine neue Photovoltaikanlage wird künftig rund 1,5 Mio. Kilowattstunden Strom pro Jahr erzeugen. Ergänzt wird sie durch einen Batteriespeicher, der die Eigenversorgung verbessert und den Weg zu einem energieneutralen Klärwerk ebnet.

Innovationskraft beweist die Stadt Mannheim auch zusammen mit dem Start-up ICODOS. Auf dem Gelände des Klärwerks entsteht im Rahmen des EU-Projekts POSEIDON eine Anlage zur Herstellung von grünem Methanol für die Schifffahrt. Damit leisten wir einen Beitrag zur Entwicklung klimafreundlicher Technologien und stärken zugleich Mannheim als Innovations- und Wirtschaftsstandort.

Hitzeakutfonds

Die zunehmenden Hitzewellen gehören zu den spürbarsten Folgen des Klimawandels. Der vergangene Sommer hat gezeigt, wie stark insbesondere ältere Menschen, Pflegebedürftige, Kinder und gesundheitlich vorbelastete Personen betroffen sind. Mannheim hat früh gehandelt und bereits 2021 als eine der ersten Städte Deutschlands einen Hitzeaktionsplan erarbeitet. Nach den extremen Hitzeereignissen des Jahres 2026 wurden die bestehenden Maßnahmen konsequent weiterentwickelt. Ein dauerhaft eingerichteter Hitzestab koordiniert künftig die Zusammenarbeit von Gesundheitswesen, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Stadtverwaltung, um in akuten Belastungssituationen schnell und wirksam handeln zu können.

Trotz der sehr angespannten Haushaltslage stellen wir für das Jahr 2027 einen Hitzeakutfonds in Höhe von 500.000 Euro bereit. Damit finanzieren wir gezielte Hilfsmaßnahmen für besonders belastete und vulnerable Menschen sowie für die Bevölkerung insgesamt. Dazu gehören unter anderem gekühlte Aufenthaltsräume, temporäre Kühlangebote in besonders betroffenen Quartieren sowie zusätzliche Schutzmaßnahmen in Kitas, Pflegeeinrichtungen und anderen sensiblen Einrichtungen.
Gleichzeitig bleiben wir unserem Grundsatz treu, auf nachhaltige und wirtschaftliche Lösungen zu setzen. Langfristig investieren wir weiter in Begrünung, Entsiegelung, Stadtbäume, klimaangepasste Plätze und weitere Maßnahmen der Klimaanpassung. Sie schützen wirksam vor Hitze, verbessern die Lebensqualität und stärken die Widerstandsfähigkeit unserer Stadt.
Unser Ziel ist klar: Wir wollen insbesondere die Menschen schützen, die unter Hitze besonders leiden. Mit dem Hitzeakutfonds verbinden wir kurzfristige Hilfe in akuten Belastungssituationen mit einer langfristigen Strategie für eine klimaangepasste Stadt.

Klimaresilienter Goetheplatz

Mit der Generalsanierung des Nationaltheaters verbinden wir nicht nur die Erneuerung eines kulturellen Wahrzeichens, sondern auch die Chance, das unmittelbare Umfeld klimaangepasst aufzuwerten. Deshalb setzt sich die Stadt für die klimaresiliente Umgestaltung des Goetheplatzes ein. Durch die Entsiegelung und Begrünung des Platzes sollen die Aufenthaltsqualität verbessert, die sommerliche Hitzebelastung in der Innenstadt reduziert und neue Freiräume für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden. Für diese Maßnahme haben wir beim Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen einen Förderantrag gestellt. Sollte der Antrag bewilligt werden, erwarten wir Fördermittel von bis zu 5 Mio. Euro. Dies würde zugleich die Gesamtkosten der Generalsanierung des Nationaltheaters spürbar entlasten. Die Planung erfolgt in enger Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege und zeigt beispielhaft, wie wir Klimaanpassung, Städtebau und solide Haushaltspolitik miteinander verbinden können.

Smart City

Die digitale und klimaneutrale Transformation unserer Stadt erfordert neue Technologien und den Mut, innovative Wege zu gehen. Deshalb verfolgen wir mit der sMArt City Mannheim GmbH, die wir gemeinsam mit der MVV Energie AG gegründet haben, konsequent das Ziel, Digitalisierung und Dekarbonisierung miteinander zu verbinden.

Ein Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau erneuerbarer Energien. Bereits 52 Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtleistung von knapp 5 Megawatt Peak wurden umgesetzt. Dadurch werden jährlich rund 2.400 Tonnen CO_2 eingespart. Weitere Anlagen auf Schulen, Sport- und Kultureinrichtungen befinden sich bereits in der Umsetzung. Hinzu kommen zwei größere geplante Freiflächenanlagen auf einer Teilfläche des Parkplatzes P20 sowie südlich von Coleman. Für diese Vorhaben, mit einer Gesamtleistung von rund 16 Megawatt Peak, sind Investitionen von rund 11,5 Mio. Euro vorgesehen.
Gleichzeitig nutzen wir die Chancen der Digitalisierung, um unsere Infrastruktur leistungsfähiger und unsere Entscheidungen besser zu machen. Im Rahmen des vom Bund geförderten Projekts „sMArt roots“ stehen bis 2028 insgesamt rund 3,8 Mio. Euro zur Verfügung. Davon fließen rund 2,1 Mio. Euro in den Bereich Mobilität. Mithilfe digitaler Verkehrsmodelle und Echtzeitdaten verbessern wir die Steuerung von Verkehr, Baustellen und Mobilitätsangeboten und schaffen die Grundlage für einen effizienteren Verkehrsfluss.
Auch bei der Klimaanpassung nimmt Mannheim eine Vorreiterrolle ein. Auf Basis unseres Klimamessnetzes entwickeln wir einen digitalen Klimazwilling, für den rund 400.000 Euro vorgesehen sind. Damit können die Auswirkungen städtebaulicher Maßnahmen künftig simuliert und Hitzerisiken frühzeitig erkannt werden. Zugleich unterstützen diese Systeme den bereits erwähnten städtischen Hitzestab dabei, insbesondere vulnerable Bevölkerungsgruppen bei Extremwetterlagen besser zu schützen.
Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Sie muss den Menschen, der Verwaltung und dem Wirtschaftsstandort einen konkreten Nutzen bringen. Mit Smart City investieren wir deshalb in effizientere Prozesse, bessere Entscheidungen, mehr Klimaschutz und eine resilientere Stadt. Gleichzeitig schaffen wir die Grundlage dafür, dass die in Mannheim entwickelten Lösungen künftig auch anderen Kommunen zur Verfügung gestellt werden können und so neue Wertschöpfung für unseren Standort entsteht.
So konnte die MVV Energie AG auf Grundlage der auch gemeinsam mit der sMArt City Mannheim GmbH und der Stadt Mannheim entwickelten IoT-Plattform den Rahmenvertrag für die IoT-Datenplattform der civillent GmbH, einer Tochtergesellschaft der Komm.ONE, mit einem geschätzten Volumen von bis zu 11 Mio. Euro gewinnen. Damit können Kommunen und weitere Bezugsberechtigte in Baden-Württemberg ab dem 01.01.2027 Lösungen ‚made in Mannheim‘ ohne erneute eigene Ausschreibung beziehen.

10. Stadtteile stärken

Freibad Sandhofen und Fähre Emma

Lebendige Stadtteile leben vom Engagement der Menschen vor Ort, von Vereinen und Initiativen, die Verantwortung übernehmen und ihre Nachbarschaft aktiv mitgestalten. Genau dieses Engagement erleben wir derzeit in Sandhofen in besonderer Weise.

Das zeigt sich zunächst beim Freibad Sandhofen. Freibäder sind weit mehr als Freizeiteinrichtungen. Sie sind Orte der Begegnung, der Erholung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Gleichzeitig stehen wir angesichts der angespannten Haushaltslage vor der Herausforderung, freiwillige kommunale Leistungen und notwendige Investitionen verantwortungsvoll zu bewerten. Im Freibad Sandhofen stehen erhebliche Investitionen, unter anderem in die technische Infrastruktur, einem vergleichsweise geringen Besucheraufkommen gegenüber.

Deshalb haben wir die Diskussion bewusst gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern geführt. Der von uns initiierte Bürgerdialog hat deutlich gezeigt, wie groß die Verbundenheit vieler Menschen mit ihrem Freibad ist. Zugleich wurden konkrete Ideen entwickelt, wie durch ehrenamtliches Engagement, neue Angebote und eine stärkere Einbindung des Stadtteils ein langfristiger Weiterbetrieb ermöglicht werden kann.

Trotz der angespannten Haushaltslage wissen wir, welche entscheidende Rolle die Vereine für die Stadt spielen. In Sandhofen gibt es mehrere aktive Sportvereine, die sich erweitern möchten oder zumindest im Bestand sanieren müssen. Die Sportinfrastruktur zu erhalten, wie etwa eine Sanierung der SKV-Halle, war auch im Bürgerdialog ein bedeutendes Anliegen der Bürgerinnen und Bürger.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Altrheinfähre „Emma“. Auch hier haben sich Bürgerinnen und Bürger aktiv für den Erhalt eines wichtigen Stücks Stadtteilidentität eingesetzt und neue Perspektiven für die Zukunft der Fähre entwickelt.

Diese Beispiele zeigen: Bürgerschaftliches Engagement kann kommunales Handeln nicht ersetzen. Es kann aber helfen, Lösungen zu entwickeln, die ohne die Initiative der Menschen vor Ort nicht möglich wären. Unser Ziel ist deshalb klar: Wo tragfähige Konzepte, Verantwortungsbereitschaft und lokale Identifikation zusammenkommen, wollen wir gemeinsam Wege finden, wichtige Einrichtungen und Angebote für unsere Stadtteile zu erhalten. Das stärkt nicht nur die Infrastruktur vor Ort, sondern auch den Zusammenhalt in unserer Stadt.

Seckenheim

Gleiches gilt für die Entwicklungen in Seckenheim. Auf der ehemaligen Sportanlage Otto-Bauder-Anlage entstehen Wohnungen. Gleichzeitig wird die Sportinfrastruktur in Seckenheim gestärkt. Gemeinsam mit der TSG Seckenheim ist es uns gelungen, den städtischen Zuschuss für eine schnelle und umsetzbare Verbesserung des Sports einzusetzen. Statt einer langwierigen und finanziell jetzt nicht mehr leistbaren Neuentwicklung des STEM-Areals haben wir uns auf konkreten Nutzen und schnelle Verbesserung konzentriert. Die Turnhalle am OEG-Bahnhof wird grundhaft saniert und erweitert. Damit stärken wir den Verein, den Sport und den Stadtteil. Als Begegnungs- und Bewegungsstätte mit Vereinsraum für Jung und Alt wird die neue TSG Sportstätte etwa 1.000 neuen Sportlerinnen und Sportlern neue Möglichkeiten eröffnen.

Waldhof-West

Waldhof-West verfügt über eine starke Identität und ein ausgeprägtes Gemeinschaftsgefühl. Zugleich belasten soziale Herausforderungen, Konflikte im öffentlichen Raum sowie der Rückgang gewachsener nachbarschaftlicher Strukturen die Entwicklung des Stadtteils. Für uns ist deshalb klar: Wir dürfen die Menschen vor Ort mit diesen Herausforderungen nicht alleinlassen.

Dank einer großzügigen Spende der Dietmar-Hopp-Stiftung in Höhe von 250.000 Euro können wir gezielt in die Stabilisierung und Weiterentwicklung des Quartiers investieren. Davon stehen 200.000 Euro für den Aufbau einer professionellen Gemeinwesenarbeit über mindestens zwei Jahre zur Verfügung. Weitere 50.000 Euro werden unmittelbar für Projekte eingesetzt, die das Zusammenleben und die Lebensqualität im Stadtteil verbessern.

Im Mittelpunkt steht dabei nicht die Umsetzung einzelner Maßnahmen, sondern der Aufbau verlässlicher Strukturen. Menschen vor Ort sollen Ansprechpersonen haben, die unterstützen, vernetzen und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Lösungen entwickeln. Gleichzeitig stärken wir die Zusammenarbeit von Vereinen, sozialen Einrichtungen, Wohnungswirtschaft, Verwaltung und engagierten Einwohnerinnen und Einwohnern.

Unser Ziel ist es, den Stadtteil nachhaltig zu stärken, neue Netzwerke aufzubauen und die Menschen vor Ort zu befähigen, die Entwicklung ihres Quartiers aktiv mitzugestalten. Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Mittel ist das eine Investition mit hoher Wirkung für den Zusammenhalt und die Zukunft unserer Stadt.

Wallstadt

Für mich ist klar: Das geplante Kultur- und Sportzentrum bleibt aufgrund seiner hohen Bedeutung für Wallstadt ein wichtiges Zukunftsprojekt. Angesichts der angespannten Haushaltslage sind wir jedoch verpflichtet, die Maßnahme wirtschaftlich zu optimieren und an die aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen anzupassen.

Deshalb richten wir das Projekt neu aus und konzentrieren uns auf ein funktionales Sportzentrum mit modularer Bauweise. Durch die Fokussierung auf die wesentlichen Anforderungen können sowohl die Investitions- als auch die späteren Betriebskosten deutlich reduziert werden. Nach aktuellem Stand erwarten wir, die ursprünglich veranschlagten Investitionskosten von rund 25,4 Mio. Euro auf etwa 12 bis 14 Mio. Euro senken zu können. Gleichzeitig ermöglicht die modulare Bauweise eine schnellere Umsetzung.

Damit verbinden wir verantwortungsvolle Haushaltspolitik mit einem klaren Bekenntnis zum Standort Wallstadt. Ziel bleibt es, moderne und bedarfsgerechte Räume für Sport, Begegnung und ehrenamtliches Engagement zu schaffen.

Rheinau-Mitte

Rheinau-Mitte zeigt beispielhaft, wie wir Stadtentwicklung verstehen. Nicht als Verwaltung einzelner Gebäude oder Zuständigkeiten, sondern als gemeinsames Gestalten von Lebensqualität im Stadtteil. Bereits mit dem neuen Mehrgenerationenspielplatz an der Plankstadter Straße haben wir diesen Ansatz erfolgreich umgesetzt. Aus einer bislang wenig genutzten Fläche ist ein moderner Spiel-, Bewegungs- und Begegnungsort für Menschen aller Generationen entstanden. So entstand nicht nur ein neuer Spielplatz, sondern ein neuer Treffpunkt für den gesamten Stadtteil. Diesen Weg gehen wir nun konsequent weiter. Viele städtische Gebäude in Rheinau weisen einen erheblichen Sanierungsbedarf auf. Gleichzeitig wollen wir die bestehenden Angebote für Familien, Kinder, Jugendliche, Seniorinnen und Senioren sowie Vereine langfristig sichern. Deshalb entwickeln wir das Nachbarschaftshaus zu einem modernen Stadtteilzentrum weiter. Künftig sollen dort unterschiedliche Angebote unter einem Dach zusammenkommen und enger miteinander vernetzt werden. Aus bislang getrennten Standorten entsteht so ein lebendiger Mittelpunkt des Stadtteils. Der Mehrgenerationenspielplatz und das neue Stadtteilzentrum folgen dabei derselben Idee. Wir verbinden Beteiligung, Innovation und wirtschaftliches Handeln. Wir bündeln Ressourcen, schaffen Synergien und investieren gezielt dort, wo für die Bürgerinnen und Bürger der größte Nutzen entsteht. So sichern wir trotz knapper finanzieller Spielräume nicht nur

bestehende Angebote, sondern schaffen neue Orte der Begegnung und des Zusammenhalts.

11. Gemeinsam Zukunft gestalten

Meine Damen und Herren,
wir haben in den vergangenen Monaten offen über die finanzielle Lage unserer Stadt gesprochen. Wir haben bereits erhebliche Anstrengungen zur Konsolidierung unternommen. Die Situation bleibt ernst. Die strukturellen Defizite, die großen Investitionsbedarfe in unsere Infrastruktur und die steigenden Anforderungen an die kommunale Daseinsvorsorge lassen keinen Raum für Illusionen. Wer Verantwortung für unsere Stadt übernehmen möchte, darf diese Realität nicht beschönigen.
Deshalb müssen wir Entscheidungen treffen, die nicht angenehm sind. Wir müssen Prioritäten setzen. Wir müssen Projekte hinterfragen, Standards überprüfen und in einzelnen Bereichen auch Einschnitte vornehmen. Wir tun dies nicht aus Freude am Sparen, sondern aus Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt. Denn wer heute notwendige Entscheidungen aufschiebt, verschiebt die Probleme in die Zukunft und vergrößert sie dabei.
Gleichzeitig zeigt dieser Haushalt aber auch etwas anderes: Mannheim gibt sich nicht auf. Im Gegenteil. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen investieren wir weiterhin in Bildung, bezahlbaren und attraktiven Wohnraum, moderne Verkehrsinfrastruktur, Klimaanpassung, Wirtschaftsförderung und die Zukunft unserer Stadtteile. Wir konsolidieren dort, wo es notwendig ist, und investieren dort, wo es für die Zukunft Mannheims entscheidend ist.
Mannheim hat eine starke Zukunft. Unsere Stadt verfügt über hervorragende Unternehmen, engagierte Bürgerinnen und Bürger, leistungsfähige Hochschulen und Forschungseinrichtungen, eine starke soziale Infrastruktur und eine zentrale Lage im Herzen Europas. Wir sind ein bedeutender Industrie-, Innovations- und Logistikstandort. Und wir haben in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, dass wir große Herausforderungen bewältigen können.
Deshalb bin ich überzeugt, dass Mannheim auch künftig eine wachsende und erfolgreiche Stadt bleiben wird. Eine Stadt, die Menschen Chancen bietet. Eine Stadt, die Unternehmen Perspektiven eröffnet. Eine Stadt, die ihre Lebensqualität erhält und gleichzeitig die Weichen für die Zukunft stellt. Wachstum ist dabei kein Selbstzweck. Wachstum schafft die Grundlage für gute Arbeitsplätze, für starke Unternehmen und

für die finanziellen Spielräume, die wir für Bildung, Infrastruktur, sozialen Zusammenhalt und die Lebensqualität in unserer Stadt benötigen.

Mein besonderer Dank gilt deshalb allen, die an diesem Weg mitwirken. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung und unserer Eigenbetriebe, die unter schwierigen Bedingungen täglich Verantwortung übernehmen. Den Mitgliedern des Gemeinderates, die bereit sind, auch schwierige Entscheidungen zu treffen. Den Unternehmen, Vereinen, Stiftungen und Institutionen, die sich für unseren Standort engagieren. Und nicht zuletzt den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, die Mannheim durch ihr Engagement, ihre Ideen und ihren Zusammenhalt jeden Tag ein Stück besser machen.

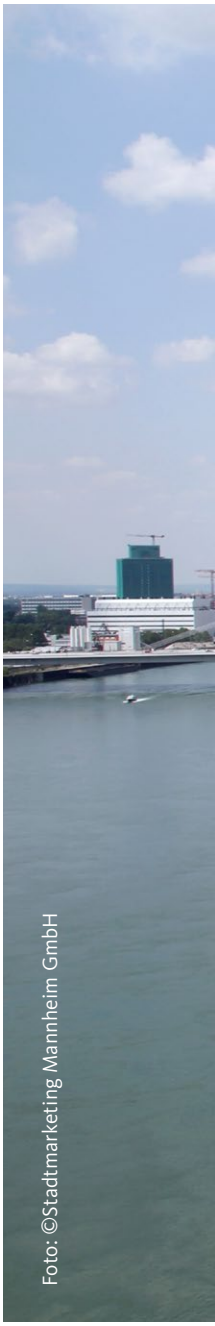
Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam weitergehen. Mit Mut zu Entscheidungen, mit einem klaren Blick auf die Realität und mit Zuversicht für das, was vor uns liegt.

Mannheim wird auch in Zukunft wachsen. Mannheim wird auch in Zukunft ein starker Wirtschaftsstandort, eine lebenswerte Großstadt und ein Ort voller Chancen sein. Die Grundlage dafür schaffen wir mit den Entscheidungen, die wir heute treffen.

Deshalb bitte ich Sie um Ihre Unterstützung für diesen Haushalt. Nicht nur für das kommende Jahr. Sondern für die Handlungsfähigkeit unserer Stadt, für die Planungssicherheit unserer Partner und für die Zukunft Mannheims.

Mein Dank gilt allen, die an dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf mitgewirkt haben. Besonderer Dank gebührt Herrn Bürgermeister Dr. Proffen als Finanzdezernent, aber auch der Ersten Bürgermeisterin sowie den Bürgermeisterkollegen. Danken möchte ich auch dem Leiter des Fachbereichs Finanzen, Steuern, Beteiligungscontrolling, Herrn Markus Manhart, dessen letzter Haushaltsplan dies ist. Weiterhin danke ich den Mitarbeitenden der Kämmerei sowie allen weiteren Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung, ihrer Eigenbetriebe und Gesellschaften. Mein besonderer Dank gilt meinen Mitarbeitenden im OB-Büro, die sich in besonderer Weise um die Anfertigung der vorliegenden Rede und der Präsentationen verdient gemacht haben.

Stadt Mannheim
Der Oberbürgermeister
Rathaus E 5 | 68159 Mannheim
Tel. +49 (0) 621 / 293 0
Fax +49 (0) 621 / 293 9532
www.mannheim.de



STADTMANNHEIM²